



UNSER WAHLPROGRAMM

FÜR STADT & LANDKREIS FULDA - LANGFASSUNG -

KOMMUNALWAHL AM 15. MÄRZ 2026

**ZEIT FÜR DIE
ALTERNATIVE.**



Präambel

Die Stadt und der Landkreis Fulda stehen vor sehr unterschiedlichen, zugleich aber miteinander verflochtenen Herausforderungen. Während die Stadt als regionales Zentrum durch eine wachsende Bevölkerung, steigende Wohnraumanforderungen, knappe Flächen und eine fortschreitende Verdichtung geprägt ist, sieht sich der ländliche Raum mit strukturellem Wandel, zunehmender Abwanderung junger Menschen und der Sicherstellung grundlegender Infrastruktur konfrontiert. Beide Ebenen sind gleichermaßen betroffen von steigenden Sozialausgaben, der Ausweitung kommunaler Verwaltungsaufgaben, einer Vielzahl externer Vorgaben sowie einer allgemeinen Kostenbelastung, die sich in nahezu allen Aufgabenbereichen bemerkbar macht.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, die kommunale Selbstverwaltung wieder auf ihre Kernaufgaben auszurichten und die finanziellen, personellen und organisatorischen Ressourcen vorrangig dort einzusetzen, wo unmittelbare Daseinsvorsorge und strukturelle Zukunftssicherung gefragt sind. Unser Ansatz verbindet eine solide Finanzpolitik mit dem Anspruch, Familien zu stärken, Bildung zu verbessern, die medizinische Versorgung sicherzustellen, Infrastruktur zu sanieren und zuverlässig auszubauen sowie Bürger in kommunale Entscheidungen stärker einzubeziehen.

Kommunalpolitik muss frei bleiben von ideologischen Ausrichtungen, die weder der Region nutzen noch den Bedürfnissen der Bürger entsprechen. Stattdessen brauchen Fulda-Stadt und Landkreis verlässliche Rahmenbedingungen, einen klaren Blick auf Herausforderungen und eine Politik, die sachlich mit den Realitäten umgeht. Auf dieser Grundlage legt die AfD Fulda ihr Kommunalwahlprogramm vor.

INHALT

Finanzen und Verwaltung..... 4

Familie und Demografie..... 6

Bildung und Kultur 7

Sozialpolitik.....10

Gesundheit10

Energie, Infrastruktur und Planung 11

Sicherheit und Ordnung.....12

Zuwanderung und Asyl.....13

Wirtschaft.....15

Tierschutz 17

1. Finanzen und Verwaltung

1.1 Kommunale Ausgaben disziplinieren

Die Haushalte von Stadt und Landkreis Fulda stehen zunehmend unter Druck. Maßgeblich hierfür sind kontinuierlich steigende Sozialausgaben, zusätzliche Aufgabenübertragungen durch Bund und Land sowie ein allgemeiner Kostenschub in nahezu allen Bereichen kommunaler Verwaltung. Gleichzeitig wird der finanzielle Spielraum durch eine Vielzahl freiwilliger Leistungen eingeschränkt, deren Nutzen nicht immer im Verhältnis zu den damit verbundenen Mittelbindungen steht.

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik muss vor diesem Hintergrund darauf abzielen, die kommunalen Ausgaben zu überprüfen und konsequent auf die Bereiche zu konzentrieren, die objektiv zum Kernauftrag der Kommunen gehören. Dazu zählt insbesondere die Daseinsvorsorge in Form von Infrastruktur, Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Ordnungsaufgaben. Freiwillige Leistungen sind daran zu messen, ob sie für die Funktionsfähigkeit der Region tatsächlich notwendig sind oder ob sie lediglich historisch gewachsen sind, ohne erkennbaren Mehrwert zu schaffen. Nur durch eine gezielte Priorisierung kann gewährleistet werden, dass unsere Region künftig über ausreichende Mittel verfügt, um seine strukturellen Herausforderungen zu bewältigen.

1.2 Pflichtaufgaben effizient erfüllen

Kommunen erfüllen eine Vielzahl gesetzlich vorgegebener Aufgaben. In den vergangenen Jahren haben sich jedoch sowohl Verwaltungsstandards als auch Verfahrensabläufe über das gesetzliche Mindestmaß hinaus ausgeweitet. Dies führt zu erhöhten Kosten, verlängerten Bearbeitungszeiten und einer unnötigen Bindung personeller Ressourcen. Um die funktionale Leistungsfähigkeit der Verwaltung aufrechtzuerhalten, ist eine regelmäßige Überprüfung dieser Standards erforderlich.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, die Dienstleistungen im Bereich der Pflichtaufgaben auf das notwendige Maß zurückzuführen und nur dort erweiterte Standards zuzulassen, wo eine eindeutige Begründung vorliegt. Eine solche Regelmäßigkeit in der Überprüfung ermöglicht eine kontrollierte Anpassung der Verwaltungsprozesse an veränderte Bedingungen, ohne die Qualität wesentlicher kommunaler Leistungen zu beeinträchtigen. Gleichzeitig eröffnet sie finanzielle Spielräume für Investitionen, die im Interesse der gesamten Region stehen.

1.3 Personalpolitik mit Verantwortungsbewusstsein

Der Personalbestand kommunaler Verwaltungen ist in den vergangenen Jahren spürbar angewachsen. Ursachen hierfür sind unter anderem neue Berichtspflichten, die Ausweitung bürokratischer

Steuerungsinstrumente, zusätzliche Förderkulisssen und Programme, die personelle Bindungen erzeugen, sowie ein insgesamt wachsender Verwaltungsanspruch. Gleichzeitig erfordert der demografische Wandel eine vorausschauende Personalplanung, um dauerhaft Funktionsfähigkeit sicherzustellen.

Eine nachhaltige Personalpolitik orientiert sich nicht am quantitativen Ausbau, sondern an der Qualität, Effizienz und Klarheit administrativer Prozesse. Die AfD Fulda setzt auf interne Priorisierung, straffere Abläufe und digitale Unterstützung, um die Notwendigkeit neuer Stellen zu verringern. Durch Modernisierung und Vereinfachung der Verwaltungsprozesse kann der vorhandene Personalbestand zielgerichteter eingesetzt werden. Ein kontrollierter, perspektivisch rückläufiger Stellenumfang stärkt langfristig die finanzielle Stabilität der Kommunen.

1.4 Nachhaltige Finanzpolitik

Solide kommunale Finanzen sind die Grundlage für eine stabile Entwicklung der Region Fulda. Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und medizinische Versorgung erfordern einen finanzpolitischen Rahmen, der langfristige Verlässlichkeit garantiert. Die AfD Fulda befürwortet daher eine konsequente Tilgung bestehender Schulden sowie den Verzicht auf kreditfinanzierte konsumtive Ausgaben.

Parallel dazu müssen Investitionspläne realistisch ausgestaltet werden. Viele Kommunen stehen vor der Herausforderung, dass ambitionierte Vorhaben im Zeitverlauf an Kosten steigen oder in Konkurrenz zu anderen dringlichen Maßnahmen treten. Durch eine solide und langfristig ausgerichtete Finanzpolitik können perspektivisch auch Steuerentlastungen ermöglicht werden, die sowohl Bürgern als auch Unternehmen zugutekommen und die Wettbewerbsfähigkeit der Region stärken.

1.5 Interkommunale Zusammenarbeit vertiefen

Die Stadt Fulda, die Kommunen und der Landkreis bilden ein funktional verflochtenes Gebiet mit engen wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Verbindungen. Viele Aufgaben lassen sich effizienter bearbeiten, wenn Gemeinden kooperieren und Synergien nutzen. Dies betrifft insbesondere technische Bereiche wie Feuerwehrwesen, Bauhofstrukturen, Abwasser- und Wasserversorgung, Rettungsdienste sowie digitale Verwaltungsprozesse.

Die AfD Fulda sieht in der vertieften interkommunalen Zusammenarbeit ein entscheidendes Instrument zur Kostensenkung, Qualitätssteigerung und Modernisierung. Gemeinsame Ausschreibungen, abgestimmte Investitionsprogramme und einheitliche digitale Verwaltungsstandards tragen dazu bei, Ressourcen zu schonen und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit kommunaler In-

frastruktur zu sichern. Solche Kooperationen sind nicht Ausdruck von Zentralisierung, sondern Teil einer Verantwortungsbewussten, zukunftsorientierten Kommunalpolitik, die regionale Stärke durch gemeinschaftliche Lösungen gewinnt.

1.6 Transparenz und Bürgernähe stärken

Eine lebendige Kommunalpolitik erfordert, dass Bürger die Möglichkeit haben, Entscheidungen nachzuvollziehen und sich über politische Entwicklungen zu informieren.

Die AfD Fulda setzt sich daher für die Einführung einer Internetübertragung der Sitzungen kommunaler Gremien ein. Ein entsprechender Vorschlag wurde bereits in der vergangenen Legislaturperiode unterbreitet, jedoch von anderen Fraktionen abgelehnt. Die Übertragung der Sitzungen würde es den Einwohnern ermöglichen, politische Diskussionen unabhängig von Zeit und Ort nachzuvollziehen und dadurch die Arbeit der Mandatsträger transparent zu erleben. Ergänzend dazu sollen regelmäßige Bürgersprechstunden eingeführt werden, die einen unmittelbaren Dialog zwischen Bürgern und Fraktionen ermöglichen. Solche Formate schaffen Vertrauen, erleichtern Rückmeldungen und tragen dazu bei, politische Entscheidungen nachvollziehbar und konstruktiv zu begleiten. Transparenz und Zugänglichkeit sind damit wesentliche Bausteine einer modernen kommunalen Demokratie.

1.7 NGO-Förderung kritisch überprüfen

In den vergangenen Jahren ist in Stadt und Landkreis Fulda eine zunehmende Förderung von Nichtregierungsorganisationen zu beobachten, deren Tätigkeit teilweise enge parteipolitische Bezüge aufweist oder über die eigentliche kommunale Daseinsvorsorge hinausgeht. Eine solche Förderpraxis wirft Fragen nach Neutralität, demokratischer Legitimation und sachlicher Rechtfertigung auf.

Die AfD Fulda lehnt insbesondere Förderstrukturen ab, bei denen parteipolitische Nähe, personelle Überschneidungen oder ideologische Zielsetzungen eine Rolle spielen. Ebenso kritisch zu bewerten ist der sogenannte Drehtüreffekt, bei dem ein Austausch von Personal zwischen kommunaler Verwaltung und geförderten Organisationen stattfindet, wodurch Unabhängigkeit, Kontrolle und Transparenz beeinträchtigt werden können. Derartige Praktiken haben in Fulda bereits häufiger stattgefunden und sind grundsätzlich abzulehnen.

2. Familie und Demografie

2.1 Familienfreundliche Verwaltung

Familien zählen zu den tragenden Säulen einer funktionierenden Gesellschaft und verdienen besondere Unterstützung durch die Kommunen. In Fulda stehen

viele Eltern vor der Herausforderung, familiäre Verpflichtungen mit beruflichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Eine familienfreundliche Verwaltung kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten, indem sie Antragsverfahren vereinfacht, digitale Zugänge schafft und Öffnungszeiten an die Lebenswirklichkeit berufstätiger Familien anpasst.

Die AfD Fulda befürwortet daher eine umfassende Überprüfung kommunaler Abläufe hinsichtlich ihrer Familienfreundlichkeit.

2.2 Frühkindliche Betreuung strukturieren

Frühkindliche Betreuung bildet einen wesentlichen Abschnitt der Bildungsbio-graphie und stellt hohe Anforderungen an Qualität und Verlässlichkeit. Die Region Fulda ist sowohl in urbanen als auch in ländlichen Bereichen auf ein differenziertes Angebot angewiesen, das den unterschiedlichen Lebenssituationen der Familien Rechnung trägt. Ziel ist eine Betreuung, die sowohl den Bedürfnissen berufstätiger Eltern genügt als auch die Entwicklungsbedürfnisse der Kinder berücksichtigt.

Die AfD Fulda setzt auf eine klare Stärkung des Angebots der Tagespflege für Kinder und auf qualitätsorientierte Kindergartenstrukturen. Flexible Öffnungszeiten und unbürokratische Zugänge sollen den Alltag berufstätiger Familien erleichtern. Gleichzeitig bekennt sich die AfD zur besonderen Bedeutung der

deutschen Sprache als Grundlage für erfolgreiche Bildung und Integration und fordert deren konsequente Förderung in allen Betreuungseinrichtungen.

2.3 Werteorientierte Pädagogik

Kindertagesstätten spielen eine zentrale Rolle bei der sozialen und kognitiven Entwicklung von Kindern. An sie wird vielfach die Erwartung herangetragen, gesellschaftliche Bildungsaufgaben zu übernehmen, die über den pädagogischen Auftrag hinausgehen. Für uns ist es wichtig, die Kindergärten von politischer Instrumentalisierung freizuhalten und zu gewährleisten, dass sie sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Kinder und den wissenschaftlich belegten Grundlagen der Entwicklungspsychologie orientieren.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, Themen wie Frühsexualisierung, Gender-Ideologie oder klimapolitische Indoktrination aus den Kindergärten fernzuhalten. Pädagogik muss sich am Kindeswohl und an der Vermittlung grundlegender Werte orientieren, nicht an politischen Strömungen oder gesellschaftlichen Moderscheinungen.

3. Bildung und Kultur

3.1 Schulische Infrastruktur modernisieren

Stadt und Landkreis Fulda verfügen über ein breites Netz an Grund-, weiterführenden und beruflichen Schulen. Viele die-

ser Einrichtungen stehen jedoch vor einem Modernisierungsbedarf, der in den vergangenen Jahren nicht im erforderlichen Umfang bearbeitet werden konnte. Sanierungsrückstände, energetische Anforderungen und veränderte pädagogische Konzepte erfordern klare Prioritäten und zielgerichtete Investitionen.

Die AfD Fulda befürwortet eine systematische Erfassung der baulichen und technischen Bedarfe aller Schulen sowie eine Priorisierung nach Dringlichkeit. Investitionen sollen sich an der tatsächlichen baulichen Substanz und an pädagogischen Erfordernissen orientieren, nicht an politisch motivierten Modellprojekten (z. B. kommunales Klimaschutzkonzept). Dadurch kann sichergestellt werden, dass die Schulen der Region sowohl lernfreundliche als auch zukunftsfähige Bedingungen bieten.

3.2 Disziplin und schulisches Umfeld

Eine funktionierende Schulgemeinschaft setzt verlässliche Regeln, klare Strukturen und ein Umfeld voraus, das pädagogische Arbeit ermöglicht. Auch bei uns berichten Lehrkräfte von wachsender Disziplinlosigkeit und einem erhöhten Bedarf an erzieherischer Unterstützung. Dies belastet Lehrer, beeinträchtigt den Unterricht und führt zu Lernverzögerungen.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, das schulische Umfeld zu stärken, indem Fehlverhalten konsequenter geahndet wird und Schulen einheitliche Verfahren zur Meldung und Bearbeitung von Kon-

flikten erhalten. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendamt, Schulsozialarbeit und Polizei soll intensiviert werden, um präventiv und frühzeitig handeln zu können. Damit soll ein Lernumfeld gesichert werden, das Leistungsorientierung, Sicherheit und gegenseitigen Respekt fördert.

3.3 Praxisorientierte Bildung stärken

Der Landkreis Fulda ist stark durch mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe geprägt. Der Fachkräftemangel ist besonders im technischen und handwerklichen Bereich ausgeprägt und bedroht langfristig die wirtschaftliche Stabilität der Region. Umso wichtiger ist es, schulische Laufbahnen zu stärken, die Praxisorientierung, technische Kompetenz und berufliche Perspektiven fördern.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, Mittelstufen- und Realschulen gleichwertig zu unterstützen und in Schulentwicklungsplänen nicht zugunsten von Gesamt- oder Gymnasialschulen zu benachteiligen. Kooperationen mit Handwerksbetrieben, dualen Ausbildungsmodellen und regionalen Unternehmen sollen ausgebaut werden, um den Übergang zwischen Schule und Beruf zu erleichtern.

3.4 Förderschulen sichern

Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf benötigen Strukturen, die ihren individuellen Lernvoraussetzungen entsprechen. Das gegliederte Schulsystem

bietet hierfür die geeignetste Grundlage. Eine pauschale Inklusion stößt schnell an Grenzen, wenn räumliche, personelle oder pädagogische Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Die AfD Fulda setzt sich deshalb für den Erhalt aller Förderschulen im Stadt- und Landkreisgebiet ein, um Kindern mit Förderbedarf ein Lernumfeld zu bieten, in dem sie bestmögliche Entwicklungschancen erhalten. Inklusion soll dort stattfinden, wo sie sinnvoll ist und zum Lernerfolg beiträgt, nicht als flächendeckendes politisches Projekt.

3.5 Vereine im Ganzttag stärken

Die Ausweitung der Ganztagsbetreuung führt zu einer spürbaren Belastung für Sport- und Kulturvereine, weil Kindern weniger Zeit für Vereinsaktivitäten zur Verfügung steht. Damit gehen nicht nur Mitglieder verloren, sondern auch wichtige soziale Lernräume.

Die AfD Fulda setzt sich für eine stärkere Einbindung der Vereine in die Ganztagsangebote ein, damit Kinder und Jugendliche weiterhin Zugang zu sportlichen und kulturellen Kompetenzen behalten. Kooperationen sollen unbürokratisch gestaltet werden und echte Mehrwerte bieten.

3.6 Neutrale Kulturpolitik

Fulda zeichnet sich durch eine reiche kulturelle Tradition und vielfältige Vereins- und Veranstaltungslandschaft aus.

Kulturpolitik darf jedoch nicht dazu genutzt werden, politische Narrative oder ideologische Programme zu fördern.

Die AfD Fulda setzt sich für eine neutrale, offene und nicht-ideologisierte Kulturförderung ein, die allen Bürgern zugutekommt und nicht in den Einfluss bestimmter Gruppierungen gerät. Zuschüsse sollen transparent vergeben und regelmäßig überprüft werden.

3.7 Kooperationen mit der Hochschule Fulda

Die Hochschule trägt seit über 50 Jahren dazu bei, Fulda als modernen und attraktiven Bildungsstandort zu etablieren. Insbesondere die regionalen Kooperationen bei gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit osthessischen Unternehmen sowie dem Klinikum Fulda haben sich als sehr bedeutsam erwiesen.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, künftige Kooperationen noch stärker und zielgerichtet an den naturwissenschaftlichen Fachbereichen (MINT), Wirtschaft und Medizin auszurichten und die Stadt Fulda als Bildungsstandort für Studenten aus diesem Sektor zunehmend attraktiv zu machen.

4. Sozialpolitik

4.1 Kostenbelastung durch Migration begrenzen

Die Sozialhaushalte von Stadt und Landkreis Fulda werden in erheblichem Umfang durch Kosten beeinflusst, die aus der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Migranten resultieren. Diese Ausgaben steigen seit Jahren kontinuierlich an und binden Mittel, die für andere kommunale Aufgaben dringend benötigt werden.

Die AfD Fulda fordert eine klare Priorisierung kommunaler Leistungen auf Personen mit rechtmäßigem Aufenthaltsstatus. Das Konnexitätsprinzip des Landes Hessen muss dabei konsequent angewendet werden: Wer Aufgaben anordnet, trägt die dafür notwendigen Kosten. Überlastungen der Sozialhaushalte dürfen nicht länger zu Lasten anderer kommunaler Aufgaben erfolgen.

4.2 Senioren unterstützen – Einsamkeit vorbeugen

Die AfD Fulda setzt sich für eine Stärkung seniorenorientierter Infrastruktur ein, einschließlich mobiler Angebote wie Fahr- und Begleitsdienste, sozialer Treffpunkte und Ehrenamtsstrukturen. Familien, die Angehörige pflegen, sollen durch Ermäßigungen und kommunale Unterstützung entlastet werden.

5. Gesundheit

5.1 Wohnortnahe Versorgung sichern

Eine flächendeckende medizinische Versorgung ist für die Region Fulda von herausragender Bedeutung. Der aktuelle Bedarfsschlüssel der kassenärztlichen Vereinigung entspricht nicht der Lebenswirklichkeit der Einwohner in unseren Städten und Gemeinden im Landkreis.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, das Netz von Haus- und Fachärzten zu stabilisieren, kommunale medizinische Versorgungszentren zu fördern und Apotheken sowie Rettungsdienste zu unterstützen. Geburtshilfe, Notfallversorgung und Kinderheilkunde müssen insbesondere in den ländlichen Teilen des Kreises verlässlich erreichbar bleiben.

5.2 Krankenhäuser modernisieren

Krankenhäuser benötigen moderne Ausstattung und bauliche Rahmenbedingungen, um einer wachsenden Bevölkerung und zunehmenden medizinischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die AfD Fulda fordert daher, dass das Land Hessen seiner Investitionspflicht nachkommt und den kommunalen Krankenhäusern ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten bietet. Eine langfristige Planungssicherheit ist notwendig, um Stationen zu modernisieren, Personal langfristig zu binden und Versorgungslücken zu vermeiden.

6. Energie, Infrastruktur und Planung

6.1 Realistische Energiepolitik

Die Energiepolitik der vergangenen Jahre hat zu erheblichen Kostensteigerungen und Unsicherheiten geführt. Für Fulda ist eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung entscheidend für Bürger, Unternehmen und kommunale Einrichtungen.

Die AfD Fulda befürwortet eine technologieoffene Herangehensweise, bei der Energieformen nach Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Nutzen beurteilt werden. Kommunale Maßnahmen, die sich primär an politischen Zielvorgaben orientieren, ohne realen Nutzen zu entfalten, sollen kritisch überprüft oder ausgesetzt werden. Dazu gehören aufwendige Planwerke, die für Kommunen kaum finanzierbar sind, sowie Projekte, deren Nutzen nicht im Verhältnis zu den Ausgaben steht.

6.2 Mobilität und Verkehr

Stadt und Landkreis Fulda stehen aufgrund topografischer und struktureller Unterschiede vor verschiedenen Herausforderungen: Während die Stadt mit wachsendem Verkehrsaufkommen, steigenden Parkraumanforderungen und der Notwendigkeit effizienter Verkehrsflüsse konfrontiert ist, geht es im Landkreis vor allem darum, Mobilität trotz größerer Entfernungen und geringerer Dichte zu sichern.

Die AfD Fulda setzt sich für eine realistische Mobilitätsplanung ein, die sowohl Verkehrssicherheit als auch Erreichbarkeit gewährleistet. Dazu zählen gut ausgebauten Kreisstraßen, sichere Schulwege, verlässliche Busverbindungen, Instandhaltung von Wirtschaftswegen und ein Parkraumkonzept, das verkehrliche Zwänge berücksichtigt, ohne Gewerbe oder Innenstadtbesucher zu benachteiligen.

6.3 Land- und forstwirtschaftliche Wirtschaftswege

Land- und forstwirtschaftliche Zufahrtswege sind Voraussetzung für eine Bewirtschaftungsfähigkeit von Anbauflächen. Wirtschaftswege müssen dementsprechend regelmäßig gepflegt und instandgehalten werden. Dazu zählen funktionierende Wassergräben, die Beseitigung von Schlaglöchern sowie der notwendige Rückschnitt von Gehölzen, um Sicherheit und Nutzbarkeit dauerhaft zu gewährleisten.

6.4 Stadtbegrünung und Starkregenvorsorge („Natürlich Fulda“)

Eine zukunftsfähige Stadt- und Gemeindeentwicklung muss sich an den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten orientieren und ökologische Maßnahmen mit funktionalem Nutzen verbinden. Die AfD Fulda lehnt pauschale und ideologisch geprägte Hitzeschutzkonzepte ab, die vor allem zusätzliche Bürokratie schaffen, ohne spürbare Verbesserungen für die Lebensqualität der Bürger zu bewirken.

Stattdessen setzen wir auf das AfD-Konzept „Natürlich Fulda“, welches Stadtbe-grünung, Entsiegelung und Starkregen-vorsorge sinnvoll miteinander verbindet. Ziel ist es, durch mehr Grünflächen, Baumpflanzungen, wasserdurchlässige Flächen und eine verbesserte Regenwas-serführung sowohl das Stadtklima als auch den Hochwasserschutz nachhaltig zu verbessern. Diese Maßnahmen wirken langfristig, sind anpassungsfähig und lassen sich sowohl im Stadtgebiet Fulda als auch in den Gemeinden des Landkreises umsetzen.

Eine solche naturbasierte Planung stärkt nicht nur die Widerstandsfähigkeit ge-genüber Starkregenereignissen, sondern erhöht zugleich die Aufenthaltsqualität in Wohnquartieren und Ortskernen. Die AfD Fulda setzt sich daher für praxisnahe, finanzierbare und regional angepasste Lösungen ein, die ökologische Ver-nunft mit städtebaulicher Verantwortung verbinden.

6.5 Windkraft im Landkreis Fulda

Bereits heute sind große Teile der Land-schaft durch bestehende Anlagen ge-prägt, mit spürbaren Auswirkungen auf Natur, Landschaftsbild und Lebensquali-tät der betroffenen Gemeinden. Zusätzli-che Windkraftanlagen würden diese Be-lastungen weiter verstärken, ohne einen angemessenen Nutzen für die regionale Versorgungssicherheit zu bieten.

Die AfD Fulda spricht sich darüber hin-aus gegen eine Verlängerung der Geneh-

migungen bestehender Windkraftanla-gen aus. Anlagen, deren Genehmigungs-zeitraum ausläuft, sollen entsprechend der geltenden Rechtslage zurückgebaut werden. Eine Verstetigung oder Auswei-tung bestehender Standorte lehnen wir ab.

7. Sicherheit und Ordnung

7.1 Schutz kommunaler Mandatsträger

Politische Ehrenamtsträger sehen sich zunehmend Bedrohungen und Anfein-dungen ausgesetzt. Dies betrifft alle Par-teien und stellt eine ernstzunehmende Belastung für das demokratische System dar.

Die AfD Fulda setzt sich dafür ein, dass kommunale Verwaltungen die recht-lichen Möglichkeiten zum Schutz von Mandatsträgern konsequent nutzen. Dazu gehört die erleichterte Gewährung von Schutzmaßnahmen nach dem Mel-de- und Datenschutzrecht sowie eine Sensibilisierung der Behörden für die Gefährdungslage politisch engagierter Personen. Eine demokratische Kultur setzt voraus, dass Menschen sich ohne Angst politisch engagieren können.

7.2 Ordnung und Sauberkeit

Vandalismus, Vermüllung und Störun-gen des öffentlichen Friedens sind Pro-bleme, die sowohl im städtischen Raum

als auch in kleineren Gemeinden auftreten können. Ein befriedeter öffentlicher Raum hebt die Lebensqualität und stärkt das Sicherheitsgefühl.

Die AfD Fulda setzt sich für eine Stärkung der Ordnungskräfte, eine konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei ein, um Störungen frühzeitig entgegenzuwirken und die öffentliche Sicherheit zu gewähren. Hierzu gehört auch unser strategisches Ziel zur Errichtung einer „Davidwache“ am Fuldaer Bahnhofsplatz.

7.3 Messerverbotzonen sind realitätsfremder Placebo-Aktionismus

Die Wahrnehmung zunehmender Unsicherheit ist eine direkte Folge politischer Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre. Messerverbotzonen legen in ihrer realpolitischen Hilflosigkeit lieber den Fokus auf ein Werkzeug anstatt sich auf die tatsächlichen Anwender zu konzentrieren. Ein Messer wird nur dann zur Gefahr, wenn es der Falsche in den Händen hält. Hierüber zu sprechen traut sich die etablierte Politik nicht, obwohl die polizeilichen Kriminalitätsstatistiken dazu seit Jahren klare Erkenntnisse vermitteln.

Als AfD Fulda lehnen wir sinnlose Messerverbotzonen ab, da diese lediglich unbescholtene Bürger kriminalisieren. Schilder halten echte Kriminelle nicht auf. Das schafft nur eine Politik, die konsequent handelt und die Realitäten im Blick hat.

8. Zuwanderung und Asyl

8.1 Kommunale Überlastung und notwendige Anpassungen

Die Zuwanderungsbewegungen seit 2015 haben Stadt und Landkreis Fulda strukturell stark belastet. Die Dimension der Migration übersteigt in vielen Bereichen die Leistungsfähigkeit der Kommunen, die mit steigenden Kosten für Unterbringung, Betreuung und Verwaltung konfrontiert sind. AfD Fulda setzt sich dafür ein, dass Kommunen bei nachweislicher Überforderung eine Reduktion der Zuteilungszahlen verlangen können, um den sozialen Frieden zu sichern und die kommunale Funktionsfähigkeit zu erhalten.

8.2 Unterbringung in zentralen Einrichtungen und Schutz des sozialen Umfelds

Während des laufenden Asylverfahrens sollen Asylbewerber bevorzugt in zentralen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, um eine Überforderung einzelner Wohngebiete zu vermeiden. Die Wahl von Standorten für weitere Unterkünfte muss sich am Schutz sensibler städtischer und dörflicher Milieus orientieren. Die AfD Fulda vertritt die Auffassung, dass gewachsene soziale Strukturen nicht durch eine unverhältnismäßige Verdichtung von Unterkünften belastet werden dürfen.

8.3 Sachleistungen, Bezahlkarte und Leistungsbegrenzung

Leistungen an Asylbewerber sollen auf das notwendige Minimum beschränkt und möglichst als Sachleistungen gewährt werden. Die AfD Fulda befürwortet eine konsequente Nutzung der Bezahlkarte zur Begrenzung missbräuchlicher Nutzung. Eine Erhöhung der Bargeldobergrenzen darf nur in begründeten Einzelfällen erfolgen. Ziel ist es, Fehlanreize zu vermeiden und Transparenz über die Leistungsströme herzustellen.

8.4 Rückführung als kommunale Priorität

Die Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten ist ein wesentlicher Bestandteil der Funktionsfähigkeit staatlicher Ordnung. Die AfD Fulda fordert das Land Hessen auf, die im Koalitionsvertrag angekündigte Rückführungsoffensive tatsächlich umzusetzen und dafür Rückführungszentren einzurichten, in denen ausreisepflichtige Personen bis zur tatsächlichen Ausreise verbleiben. Bleiberechtsregelungen für Duldungsinhaber sollen nicht ausgeweitet werden. Das sogenannte Kirchenasyl, das rechtsstaatliche Verfahren unterläuft, ist zu unterbinden.

8.5 Begrenzung des Familiennachzugs

Die AfD Fulda tritt dafür ein, den Familiennachzug so weit wie möglich zu begrenzen. Für subsidiär Schutzberechtigte, deren Aufenthalt auf Zeit angelegt

ist, soll der Nachzug grundsätzlich ausgeschlossen sein. Eine Überlastung der kommunalen Infrastruktur durch zusätzliche Zuwanderungsbewegungen muss verhindert werden, um die kommunale Leistungsfähigkeit zu sichern.

8.6 Rückkehrperspektiven durch praxisorientierte Qualifikation

Anstelle integrationspolitischer Maßnahmen, die auf eine dauerhafte Ansiedlung abzielen, setzt die AfD Fulda auf praxisbezogene Qualifikationen, die Rückkehrperspektiven stärken. Kurzurse in grundlegenden handwerklichen Fähigkeiten, vermittelt durch regionale Betriebe, sollen dazu beitragen, dass Asylbewerber beim Wiederaufbau ihrer Herkunftsländer einen wertvollen Beitrag leisten können. Um diese Maßnahmen zu koordinieren, soll eine kommunale Stelle eines Rückkehrbeauftragten geschaffen werden.

8.7 Gemeinnützige Arbeit als gesellschaftlicher Beitrag

Asylbewerber sollen nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden, sofern kommunale Träger entsprechende Tätigkeiten anbieten können. Diese Arbeit schafft eine angemessene Form des Beitrags zur Gemeinschaft und stärkt gleichzeitig das Verständnis für die Werte und Strukturen der aufnehmenden Gesellschaft. Die AfD Fulda befürwortet eine konsequente Umsetzung dieser gesetzlichen Möglichkeit.

8.8 Rückbau der Containerunterkünfte

Die Containerunterkünfte stellen sich nicht als kurzfristige Übergangslösungen, sondern als kostenintensive Dauerprovisorien dar. Die hohen Aufwendungen für Errichtung, Betrieb und Sicherheit stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen und belasten die kommunalen Haushalte erheblich.

Darüber hinaus strebt die Landesregierung laut Koalitionsvertrag eine stärkere Rückführung von Asylbewerbern in zentrale Erstaufnahmeeinrichtungen an. Vor diesem Hintergrund lehnt die AfD Fulda neue kommunale Containerlösungen ab und setzt sich dafür ein, die Unterbringung auf das notwendige Maß zu begrenzen und alsbald zurückzubauen sowie entsprechend landespolitische Zuständigkeiten konsequent einzufordern.

9. Wirtschaft

9.1 Grundlagen einer wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik

Eine leistungsfähige Wirtschaft bildet das Fundament kommunaler Entwicklung und finanzieller Stabilität. Die AfD Fulda bekennt sich zu einer Ordnungspolitik innerhalb der sozialen Marktwirtschaft, die auf Leistung, Eigenverantwortung und regionale Stärke setzt. Kommunale Politik hat dafür zu sorgen, dass Unternehmen auf verlässliche Rahmenbedingungen, planbare Entscheidungen und ideologiefreie Verwaltungsstrukturen zählen können.

9.2 Infrastruktur, Bürokratieabbau und Standortbedingungen

Kleine und mittelständische Unternehmen sind auf eine funktionale Infrastruktur angewiesen. Dazu gehören gut erschlossene Gewerbeflächen, verlässliche Verkehrsanbindungen, bezahlbare Energiepreise und eine schnelle digitale Grundversorgung. Die AfD Fulda setzt sich für eine Verwaltung ein, die sich stärker als Dienstleister versteht, bürokratische Hürden abbaut und Unternehmensgründungen erleichtert. Eine wirtschaftsfreundliche Standortpolitik ist entscheidend dafür, dass die Region ihre Wettbewerbsfähigkeit behält.

9.3 Innenstadtentwicklung und strukturelle Vielfalt

Innenstädte stehen unter hohem Veränderungsdruck. Die AfD Fulda setzt sich für attraktive, sichere und wirtschaftlich vielfältige Innenstädte ein. Einseitige Nutzungsstrukturen sollen durch gezielte Maßnahmen verhindert werden. Modelle wie „Business Improvement Districts“ können sinnvoll sein, um wirtschaftliche Potenziale zu heben und eine städtebaulich hochwertige Entwicklung zu ermöglichen. Verkehrsmaßnahmen dürfen die Erreichbarkeit der Innenstädte nicht beeinträchtigen; wohnortnahe Parkmöglichkeiten und sichere Wege sind wesentliche Standortfaktoren.

9.4 Stärkung des Handwerks als regionales Rückgrat

Das Handwerk prägt die wirtschaftliche und kulturelle Identität der Region Fulda. Um seine Zukunftsfähigkeit zu sichern, setzt sich die AfD Fulda für weniger Bürokratie, die Entlastung ausbildender Betriebe und eine stärkere öffentliche Anerkennung handwerklicher Berufe ein. Wer die Region erhalten will, muss das Handwerk stärken.

9.5 Effizienz der kommunalen Strukturen und Privatisierungsprüfungen

Kommunale Aufgaben müssen wirtschaftlich und zielgerichtet erfüllt werden. Schattenhaushalte oder nicht gerechtfertigte Posten in kommunalen Gesellschaften schwächen die finanzielle Stabilität. Die AfD Fulda befürwortet unabhängige Überprüfungen kommunaler Beteiligungsstrukturen sowie die Prüfung risikoarmer Privatisierungen, sofern sie zur Effizienzsteigerung beitragen und das Gemeinwohl nicht beeinträchtigen.

9.6 Wirtschaftsförderung und Innovation

Innovation ist ein zentraler Motor wirtschaftlicher Entwicklung. Die AfD Fulda befürwortet eine Wirtschaftsförderung, die sich auf Zweckmäßigkeit und Nutzen konzentriert. Gründer und Start-Ups sollen durch praxisorientierte Angebote, Workshops, Beratungen und Zugang zu Netzwerken unterstützt werden. Zu-

kunftstechnologien können auf kommunaler Ebene gefördert werden, ohne in ideologischer Weise in Marktmechanismen einzugreifen.

9.7 Fachkräftegewinnung und Erhalt regionaler Kompetenzen

Der Fachkräftemangel stellt für die Region eine wesentliche Herausforderung dar. Die AfD Fulda setzt sich für koordinierte Ausbildungs- und Jobbörsen ein, die den Austausch zwischen Schulen und Betrieben verbessern. Maßnahmen zur Bindung qualifizierter Fachkräfte sollen verhindern, dass die Region wertvolle Kompetenzen verliert.

9.8 Ablehnung ideologisch motivierter Transformationspolitik

Die AfD Fulda lehnt planwirtschaftliche Vorgaben wie Solarpflichten oder überdimensionierte kommunale Klimaplanungen ab. Solche Maßnahmen erzeugen hohe Kosten, greifen in Eigentumsrechte ein und beeinträchtigen unternehmerische Freiheiten. Stattdessen setzt die AfD auf marktwirtschaftliche Anreize, Eigenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit als realistische Grundlage einer modernen Wirtschaft.

9.9 Digitalisierung der regionalen Wirtschaft

Digitalisierung ist ein wesentlicher Standortfaktor. Die AfD Fulda setzt sich für den zügigen Ausbau der digitalen Infrastruktur, Schulungen in digitalen

Anwendungen und die Unterstützung kleiner Unternehmen bei der Online-Vermarktung ein. Eine wirtschaftlich leistungsfähige Region braucht digitale Kompetenz auf allen Ebenen.

9.10 Tourismus und regionale Attraktivität

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor der Region. Die AfD Fulda lehnt zusätzliche Belastungen wie Übernachtungssteuern ab und setzt auf Rahmenbedingungen, die touristische Anbieter entlasten und die Attraktivität der Region stärken. Die touristische Wertschöpfung soll durch weniger Bürokratie und die Förderung lokaler Besonderheiten unterstützt werden.

10. Tierschutz

10.1 Tierheim und Tierschutz stärken

Das Tierheim sowie ehrenamtliche Tierschutzstrukturen leisten in der Region einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgung, Unterbringung und Vermittlung von Haustieren. Bei weiter hohen Belegungszahlen von Fund- und Abgabebietern hat sich zudem die Verweildauer bei Hunden erhöht, da zunehmend „schwierige“ Tiere mit Vermittlungshürden betreut werden.

Die AfD Fulda befürwortet eine kontinuierliche Unterstützung dieser Einrichtungen, um ihre Arbeit langfristig planbar zu machen und hilfsbedürftige Tiere zuverlässig zu versorgen.

10.2 Fünfjährige Befreiung von der Hundesteuer

Um eine attraktivere Vermittlung von Hunden sowie neue Platzkapazitäten in Betreuungsstellen zu schaffen, soll für aus dem Tierheim vermittelte Hunde fünf Jahre lang keine Hundesteuer erhoben werden.

10.3 Hundesteuer zugunsten des Tierheims

Derzeit fließt die Hundesteuer in den allgemeinen städtischen Haushalt. Angesichts des anhaltenden wirtschaftlichen Niedergangs besteht die Gefahr, dass der Tierschutz an Unterstützung verliert.

Die AfD Fulda fordert, dass die Hundesteuer künftig ausschließlich für das Tierheim Fulda verwendet wird. So erhält es eine sichere zusätzliche Finanzierungsquelle, da bereits die aktuellen Betreuungspauschalen nicht kostendeckend sind.

Schlusswort

Stadt und Landkreis Fulda stehen in den kommenden Jahren vor Aufgaben, die Verantwortungsbewusstsein, Klarheit und einen realistischen Blick auf die kommunalen Handlungsmöglichkeiten erfordern. Die AfD Fulda setzt auf eine Politik, die bürgernah, kostenbewusst und frei von ideologischen Motiven ist. Wir wollen die Substanz unserer Region erhalten und zugleich die Rahmenbedingungen schaffen, die ein gutes Leben für Familien, Arbeitnehmer, Unternehmen, ältere Menschen und selbstverständlich auch die jüngere Generation ermöglichen.

Kommunalpolitik muss sich wieder an dem orientieren, was Bürger im Alltag erleben: funktionierende Infrastruktur, verständliche Entscheidungen, solide Haushalte und eine Verwaltung, die ihren Auftrag effizient erfüllt. Dafür steht dieses Programm.